

GUTACHTEN

13. Bundesfachschaftentagung 2024

Klima im Recht

Integration neuer Rechtsgebiete in das Studium

Workshop Nr. 2

Tobias Linck

Yannic Radlmayr

BRF

Bundesverband
rechtswissenschaftlicher
Fachschaften e.V.

Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung	1
B.	Neue Rechtsgebiete	2
I.	Klimaschutzrecht	2
1.	Praktische Relevanz von Klimaschutzrecht	2
2.	Einführung in das Klimaschutzrecht	3
a.	Internationales Klimaschutzrecht	3
b.	Europäisches Klimaschutzrecht	5
c.	Deutsches Klimaschutzrecht	6
II.	Recht der künstlichen Intelligenzen	7
III.	Recht der Digitalisierung	8
IV.	Zwischenergebnis	8
C.	Integration in das Studium	9
I.	Was ist gelungene Integration?	9
II.	Integration von Klimaschutzrecht an deutschen Universitäten (Status Quo)	9
III.	Methoden der Integration	10
1.	Einbindung in den Pflichtfachstoff	10
3.	Schwerpunkte	11
4.	Seminare	12
5.	Losgelöste Einzelveranstaltungen	12
6.	Grundlagenfächer	13
7.	Moot Courts	13
8.	Summer Schools	14
9.	Kolloquien	14
D.	Ziele des Workshops	15
E.	Vorbereitung	15
	Impressum	16

A. Einleitung

Immer wieder wird die Gesellschaft vor große Herausforderungen gestellt. Vor allem für uns als angehende Jurist:innen ist es wichtig, mit diesen Herausforderungen Schritt zu halten, da der gesellschaftliche Wandel stets rechtlich begleitet werden muss. So wirken Jurist:innen in der Legislative an der Ausgestaltung der neuen Gesetze, in der Exekutive bei deren Umsetzung und in der Judikative bei deren Kontrolle mit. Dies führt zu der Entstehung neuer Rechtsgebiete und einer steigenden Relevanz solcher.

Ein Paradebeispiel hierfür ist das Klimaschutzrecht,¹ welches sich bereits heute in der Arbeitsrealität von Jurist:innen erkennen lässt. Immer wieder hört man von sogenannten Klimaklagen, durch die staatliche und privatwirtschaftliche Verantwortungsträger zu mehr Klimaschutz verurteilt werden. Die Fülle der erlassenen Richtlinien und Gesetze zum Klimaschutz beschäftigt außerdem die Unternehmen, die den Anforderungen des Gesetzgebers entsprechen müssen und dafür auf rechtliche Beratung angewiesen sind. Neben dem Klimaschutzrecht (Abschnitt A) werden auch das Recht der künstlichen Intelligenzen und das Recht der Digitalisierung immer relevanter (Abschnitt B).

Damit die Jurist:innen von morgen auch den Herausforderungen von morgen gewachsen sind, müssen diese hochdynamischen Entwicklungen bereits im Rahmen des Studiums an uns herangebracht werden. Denn die aktuellen Entwicklungen der Rechtswissenschaft finden in den derzeitigen Vorlesungen kaum Platz. Dies fordert eine stetige Anpassung der juristischen Ausbildung, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt. Hierbei stellt sich die Frage, wie die Integration neuer Rechtsgebiete bestenfalls aussieht, ohne dabei die Studierenden zusätzlich zu dem bereits fordernden Studium zu belasten (Abschnitt C).

Der BRF fordert bis jetzt in seinem Grundsatzprogramm keine konkrete Integration neuer Rechtsgebiete. Ob und wie eine solche gefordert werden soll ist zentrales Thema dieses Workshops.

¹ iuratio.de, Klimaschutzrecht: Ein Rechtsgebiet im Entstehen (abrufbar unter: <https://iuratio.de/journal/klimaschutzrecht-ein-rechtsgebiet-im-entstehen>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024); Beck- Community, "Klimaschutz gewinnt an rechtlicher Relevanz" (abrufbar unter: <https://community.beck.de/2022/02/01/neue-fachzeitschrift-klima-und-recht-klimaschutz-gewinnt-an-rechtlicher-relevanz>, zuletzt abgerufen: 21.5.2024).

B. Neue Rechtsgebiete

In den folgenden Abschnitten sollen das Klimaschutzrecht (Abschnitt I.) das Recht der Künstlichen Intelligenzen (Abschnitt II.) und das Recht der Digitalisierung (Abschnitt III.) als neue Rechtsgebiete kurz inhaltlich dargestellt und in ihrer Relevanz verdeutlicht werden.

I. Klimaschutzrecht

1. Praktische Relevanz von Klimaschutzrecht

Das Klimaschutzrecht wird als Teil des Umweltrechts als eines der dynamischsten Rechtsgebiete in der Rechtswissenschaft beschrieben. Durch die Verzahnung mit dem Energie-, Emissionsschutz- und Wasserschutzrecht, aber auch mit dem Zivilrecht in Fragen der deliktischen Haftung oder dem Strafrecht in Themen wie der Schaffung von ökozentrischen Straftatbeständen (Ökozid) ist eine klare Einordnung in das Rechtssystem schwer, weshalb es als neues Rechtsgebiet beschrieben wird. Das Klimaschutzrecht bietet den Studierenden somit die Möglichkeit Recht aus einem Mehrebenensystem kennenzulernen und somit das Systemverständnis zu üben.

Die steigende Relevanz der Klimaschutzrechts wird auch durch die steigende Zahl an Zeitschriften und Beiträgen verdeutlicht, die sich mit dem Klimaschutzrecht auseinandersetzen.² Das Klimaschutzrecht scheint somit in der Professor:innenschaft in der Forschung schon weit verbreitet und rigoros diskutiert zu werden, leider kommt diese Entwicklung nur teilweise wirklich bei der Studierendenschaft in der Lehre an. Daneben beschäftigen sich auch immer mehr Gerichte mit Fragen des Klimaschutzes und die Diskussionen zu Klimaschutz auf nationaler, europäischer und völkerrechtlicher Ebene sind in voller Fahrt.

Zur weiteren Relevanz des Klimaschutzrechts hat die Klimakommission bereits auf der Zwischentagung 2021 Stellung genommen. Das Gutachten ist [hier](#) abrufbar.

² siehe Klima und Recht (abrufbar unter: <https://community.beck.de/2022/02/01/neue-fachzeitschrift-klima-und-recht-klimaschutz-gewinnt-an-rechtlicher-relevanz>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024); Zeitschrift für materielles und prozessuales Klimarecht (abrufbar unter: <https://www.fachmedien.de/zeitschrift-klimarz>, zuletzt abgerufen: 21.5.2024) oder auch die steigende Anzahl an klimaschutzrechtlichen Beiträgen in der Zeitschrift für Umweltrecht.

2. Einführung in das Klimaschutzrecht

Das allgemeine Klimaschutzrecht umfasst grundsätzlich alle Vorschriften, die das Klima vor menschlichen Einwirkungen schützen und den Klimawandel stoppen sollen (Mitigation).³ Anpassungsmaßnahmen zählen somit nicht mehr zum Teil des Klimaschutzrechts im engeren Sinne.⁴ Das Klimaschutzrecht wird als Teilgebiet des Umweltrechts eingeordnet, umfasst jedoch auch darüberhinausgehende Rechtsgebiete und kann somit als Querschnittsrechtsgebiet verstanden werden.⁵

Auf deutscher Ebene (Abschnitt I. 2. c.) wird das Klimaschutzrecht verfassungsrechtlich durch das sog. Klimaschutzgebot⁶ und einfach-gesetzlich durch das Klimaschutzgesetz (KSG)⁷ weiter konkretisiert. Auch auf europäischer Ebene (Abschnitt I. 2. b.) ist das Klimaschutzrecht mit dem europäischen Klimaschutzgesetz⁸ konkret normiert. Der Ursprung des Klimaschutzrechts liegt jedoch im Völkerrecht, welches die ersten Impulse gab.⁹

a. Internationales Klimaschutzrecht

Kernelement des internationalen Klimaschutzrechts ist die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC).¹⁰ Wie der Name bereits impliziert, legt die UNFCCC den Rahmen des internationalen Klimaschutzes fest. Dieser wird auf den jährlich stattfindenden UN – Klimakonferenzen (COPs) konkretisiert. Dabei sind v.a. die COP 3 (Kyoto) und COP 21 (Paris) zu nennen, bei denen verbindliche Ziele zur Reduktion von sechs Emissionen¹¹ für

³ Gärditz, *Schwerpunktbereich – Einführung in das Klimaschutzrecht*, JuS 4/ 2008, 324 (324).

⁴ Schlacke, *Umweltrecht* (9. Aufl., 2023), § 16, Rn. 2.

⁵ Gärditz, a.a.O. (Fn. 3), 324 (324 f.); Schlacke, *Ibid.*

⁶ BVerfG, *Beschl. v. 24.3.2021 – 1 BvR 2656/18 –*, BVerfGE 157, 30-177, Rn. 198 ff (**Klimabeschluss**), <https://www.juris.de/perma?d=NJRE001463015>.

⁷ Klimaschutzgesetz, BGBl. 2019 I S. 2513 (abrufbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/ksg/>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024)

⁸ Verordnung (EU) 2021/ 1119 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität (Europäisches Klimagesetz; EU KG).

⁹ Für eine genaue Darstellung der Entwicklung des internationalen Klimaschutzrechts, siehe *Stoll/ Krüger: Klimawandel*, in: Proeßl (Hrsg.), *Internationales Umweltrecht* (2. Aufl., 2022), S. 423 ff (abrufbar unter: https://bundesfachschaft.sharepoint.com/Internationales_Umweltrecht.pdf).

¹⁰ Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, 9.5.1992, 1771 UNTS 107 (<https://unfccc.int/resource/docs/convkp/conveng.pdf>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

¹¹ zB. Co2, Methan, Distickstoffoxid (Anlage A des Kyoto – Protokolls (Fn. 11).

die Industrie- und Transitionsländer (Kyoto – Protokoll)¹² und zur generellen Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 – 2°C (Pariser Abkommen (PA))¹³ festgelegt wurden.

Das PA legt fest, dass der Anstieg der globalen Temperatur deutlich unter 2° C gehalten und möglichst auf 1,5° C reduziert werden soll (Pariser Klimaziel), Art. 2 Abs. 1 lit. a PA. Außerdem sollen die Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels sowie die Widerstandsfähigkeit unter Berücksichtigung der Nahrungsmittelsicherheit verbessert werden (Art. 2 Abs. 1 lit. b PA), und die Finanzflüsse mit einer emissionsarmen und klimawiderstandsfähigen Entwicklung in Einklang gebracht werden (Art. 2 Abs. 1 lit. c PA). Dafür werden in Art. 3 und 4 Abs. 2 PA die Vertragsstaaten zur Bestimmung, Mitteilung und Aufrechterhaltung von sog. „national festgelegten Beträgen“ verpflichtet. Die Vertragsstaaten bestimmen somit die Beiträge zum Klimaschutz selbst, mit denen sie das Pariser Klimaziel einhalten möchten. Das Pariser Abkommen verfolgt somit einen sog. „Bottom up“ Ansatz, der keine konkreten Beträge festlegt, sondern nur die Verpflichtung zur Auseinandersetzung beinhaltet.¹⁴ Bei der Ausgestaltung der Pflichten für die einzelnen Staaten berücksichtigt das PA den Grundsatz der geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortung,¹⁵ welcher einer der Leitprinzipien des internationalen Umwelt- und Klimaschutzrechts ist (Art. 3 Nr. 1 UNFCCC, Prinzip 7 der Rio Deklaration¹⁶).

Gemäß des Grundsatzes der geteilten, aber unterschiedlichen Verantwortung haben alle Staaten auf der Welt eine gemeinsame Verantwortung den Klimawandel aufzuhalten; der Umfang der Verantwortung richtet sich jedoch nach den einzelnen Umständen der Staaten und fällt somit unterschiedlich aus.¹⁷ Das unterschiedliche Maß der Verantwortung hängt von den Beiträgen zur Umweltzerstörung – also die aktuellen sowie die historischen (und zukünftigen) Beiträgen zur Umweltzerstörung (insb. Emissionen) - und den Fähigkeiten zur

¹² Kyoto – Protokoll, 17.12.1997, 2303 UNTS 162 (abrufbar unter: <https://unfccc.int/resource/docs/convkp/kpeng.pdf>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024); siehe hierzu Stoll/ Krüger: Klimawandel, in: Proeßl (Hrsg.) a.a.O. (Fn. 9), S. 423 (454 ff.).

¹³ Pariser Übereinkommen, 12.12.2015, 3156 UNTS 79, (abrufbar unter: https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

¹⁴ Schlacke, a.a.O. (Fn. , §16, Rn. 9. (S. 516).

¹⁵ Bartenstein, Zwischenstaatliche Umweltgerechtigkeit, in: Proeßl (Hrsg.) a.a.O. (Fn. 9), S. 53 (Rn. 16 – 35); Hey/ Paulini: Common but Differentiated Responsibility, in: Max Planck Encyclopedia of Public International Law (abrufbar unter: <https://opil.ouplaw.com/display/10.1093/law:epil/9780199231690/law-9780199231690-e1568?rskey=zE7Lvt&result=1&prd=MPIL>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024)).

¹⁶ Rio Deklaration, 12.8.1992, A/Conf.151/26 Vol. I (abrufbar unter: https://www.un.org/en/development/desa/population/migration/generalassembly/docs/globalcompact/A_CONF.151_26_Vol.I_Declaration.pdf, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

¹⁷ Hey/ Paulini, a.a.O. (Fn. 15), Rn. 5.

Mitigation oder Anpassung – also die ökonomischen Möglichkeiten zum Klimaschutz beizutragen - ab.¹⁸ Dieser Grundsatz wird durch das Prinzip der Generationengerechtigkeit¹⁹ und dem Verursacherprinzip²⁰ inhaltlich ergänzt, die auch Grundprinzipien des Klima- und Umweltvölkerrechts sind.²¹

Ein explizites Menschenrecht auf Klimaschutz gibt es bisher noch nicht.²² Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen jedoch bereits einen Katalog an Menschenrechte - wie zum Beispiel das Recht auf Leben.²³ Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat 2022 das Menschenrecht auf eine saubere und gesunde Umwelt anerkannt.²⁴ Die Effekte des Klimawandels werden jedoch zunehmend durch Rechtsfortbildungen in den bestehenden Menschenrechten aufgefangen. So hat der EGMR erst kürzlich in seinem Urteil vom 9. April 2024 Art. 8 EMRK um eine Klimaschutz- Dimension erweitert.²⁵

Abschließend kann das internationale Klimaschutzrecht als oberste Ebene des Klimaschutzrechts gesehen werden, welches unmittelbar das europäische und deutsche Klimaschutzrecht beeinflusst.²⁶

b. Europäisches Klimaschutzrecht

Das europäische Klimaschutzrecht ist primärrechtlich in Art. 191 Abs. 1 4. Stichpunkt AEUV verankert und wird sekundärrechtlich durch eine Vielzahl von Verordnungen, Beschlüssen und Richtlinien konkretisiert.²⁷ Maßgeblich ist das EU– Klimaschutzgesetz (EU KG), welches das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2050 des Europäischen Green Deals festlegt (Art. 1,2 Abs. 1 EU KG). Das EU KG stellt somit die zentralen CO₂ – Reduktionsziele der EU dar.²⁸ Diese Ziele sollen durch das „Fit for 55“ Gesetzespaket realisiert werden, welches

¹⁸ Ibid.

¹⁹ Siehe dazu im deutschen Klimaschutzrecht: Klimabeschluss, Rn. 183, 193 ff.

²⁰ Generell: Proeßl, Prinzipien des Internationalen Umweltrechts, in: Ders. (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 9), S. 95. (Rn. 51).

²¹ Hey/ Paulini, a.a.O. (Fn. 15), Rn. 5.

²² Vöneky/ Beck, Umweltschutz und Menschenrechte, in: Proeßl, a.a.O. (Fn. 9), S. 191 (Rn. 5); Kahl, *A Human Right to Climate Protection*, Netherlands Quarterly of Human Rights (abrufbar unter: <https://doi.org/10.1177/09240519221092595>).

²³ Vöneky/ Beck, a.a.O. (Fn. 22), Rn. 92.

²⁴ Generalversammlung der Vereinten Nationen, The Human Right to a Clean and Healthy and Sustainable Environment, A/RES/76/300 (28.7.2022).

²⁵ Siehe hierzu ausführlich: Giesberts/ Westarp, *Reichweite und Auswirkungen des EGMR – Urteils für Menschenrechte zum Klimaschutz – Besprechung des Urteils vom 09.04.2024 (Antrag Nr. 53600/20)*, KlimaRZ 2024, 73 – 86 (abrufbar unter: <https://bundesfachschaft.sharepoint.com/Gielberts/Westarp/KlimaRZ>).

²⁶ Beckmann, in: Landmann/ Rohmer, Umweltrecht – KSG vor § 1, Rn. 14 (abrufbar unter: <https://beck-online.beck.de/Bcid/Y-400-W-LaRoKoUmwR-G-KSG-VOR-1-P-1>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

²⁷ siehe die Darstellung in: Schlacke, Umweltrecht (Fn. 4), § 16, Rn. 12.

²⁸ Frenz, Grundzüge des Klimaschutzrechts (3. Aufl., 2023), Rn. 87.

die rechtlichen Instrumentarien für die angestrebte Transformation beinhaltet. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um Vorschläge der Kommission,²⁹ die dementsprechend noch umgesetzt werden müssen. Insgesamt werden durch das Gesetzespaket fast alle Bereiche angesprochen, um eine nachhaltige Transformation zu ermöglichen.³⁰ Insbesondere werden/sollen das EU – Emissionshandelssystem erweitert, die Emissionsreduktionsverpflichtungen verschärft und sonstige sektorale Rechtsakte angepasst werden.³¹

Die Governance Verordnung³² verpflichtet die Mitgliedsstaaten für die Umsetzung der Pariser Klimaziele zur Erarbeitung von mittel- und langfristigen Energie- und Klimaplänen und setzt somit einen weiteren Rahmen für das Klimaschutzrecht in Europa.³³

Das europäische Klimaschutzrecht wurde mit Urteil des EGMR vom 9. April 2024 weiter menschenrechtlich aufgeladen. So hat der EGMR bestätigt, dass mangelnder Klimaschutz das „Auffangmensenrecht“ des Art. 8 EMRK (Recht auf Privat- und Familienleben) verletzt.³⁴

c. Deutsches Klimaschutzrecht

Das deutsche Klimaschutzrecht wird seinerseits vom Bundes Klimaschutzgesetz konkretisiert, das der Umsetzung der Pariser Klimaziele dient (vgl. § 1 KSG). Erst kürzlich (Mitte Mai 2024) hat das OVG Berlin-Brandenburg die Bundesregierung dazu (noch nicht rechtskräftig) verurteilt, das Klimaschutzprogramm nachzuschärfen.³⁵

Das deutsche Klimaschutzrecht wurde vom Klimabeschluss³⁶ geprägt, der Art. 20a GG um das Klimaschutzgebot erweiterte,³⁷ und somit die Klimaschutzziele gerichtlich überprüfbar

²⁹ Frenz, a.a.O., Rn. 88.

³⁰ Europäischer Rat, „Fit für 55“ (abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/green-deal/fit-for-55/#what>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

³¹ Schlacke, a.a.O. (Fn. 4), § 16, Rn. 14.

³² Verordnung (EU) 2018/1999 über das Governance – System für die Energieunion und für den Klimaschutz

³³ Schlacke, a.a.O. (Fn. 4), § 16, Rn. 13.

³⁴ EGMR, Klimaseniorinnen u.a. gegen Schweiz u.a., Urt. v. 9.4.2024 – Beschwerde Nr.: 53600/20, Rn. 531 ff.; Giesberts/ Westarp, KlimaRZ 2024, 73 (74 ff.).

³⁵ LTO, OVG Berlin-Brandenburg gibt DUH Recht: Ampel muss Klimaschutzprogramm nachschärfen (https://www.lto.de/persistent/a_id/54569/; zuletzt aufgerufen: 21.05.2024).

³⁶ Vgl. Fn. 7; zur Besprechung des Klimabeschlusses: Faßbender, *Der Klima – Beschluss des BVerfG – Inhalte, Folgen und offene Fragen*, NJW 2021, 2085 – 2091; siehe auch die Debatte auf [verfassungsblog.de](https://verfassungsblog.de/category/debates/der-klimabeschluss-des-bverfg/) (abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/category/debates/der-klimabeschluss-des-bverfg/>, zuletzt aufgerufen 21.5.2024); Groß, *Zwei Jahre Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts: Eine Zwischenbilanz der weitgehenden Rezeptionsverweigerung*, VerfBlog, 2023/3/18, (abrufbar unter: <https://dx.doi.org/10.17176/20230318-185144-0>

³⁷ Klimabeschluss, Rn. 198 ff.

machte.³⁸ Das Klimaschutzgebot verpflichtet den Gesetzgeber „im Kern auf die Einhaltung einer Temperaturschwelle, bei der die durch Menschen verursachte Erwärmung der Erde angehalten werden soll“³⁹ und dadurch zur Herstellung von Klimaneutralität.⁴⁰ Es hat im Konfliktfall keinen unbedingten Vorrang gegenüber anderen Belangen, gewinnt jedoch mit Voranschreiten des Klimawandels an Gewicht.⁴¹ Das BVerfG betont außerdem die internationale und intertemporale Schutzwirkung der Grundrechte im Bezug zum Klimaschutz.⁴² Die Ziele des KSG haben somit quasi – verfassungsrechtlichen Rang erlangt.

Auch wenn das Klimaschutzrecht schwerpunktmäßig dem öffentlichen Recht zugeordnet werden kann, finden Aspekte des Klimaschutzrechtes auch Eingang in das Zivil- und Strafrecht. So sind z.B. im Deliktsrecht Fragen der Kausalität in Bezug zu Klimafragen stark umstritten und auch vor Gericht⁴³ Thema. Auch das Strafrecht beschäftigt sich mit klimarechtlichen Aspekten, wie den sog. „Klimanotstand“⁴⁴ oder den Grenzen zivilen Ungehorsams.⁴⁵

II. Recht der künstlichen Intelligenzen⁴⁶

Eines weiteres der neuesten Rechtsgebiete stellt das Recht der Künstlichen Intelligenzen dar.⁴⁷ Mit dem A.I Act der Europäischen Union⁴⁸ wurde weltweit erstmals ein Regulierungsrahmen für die Verwendung und Erschaffung künstlicher Intelligenzen verabschiedet. Sowohl in den internationalen als auch nationalen Rechtsordnungen werden hierauf noch weitere Gesetze folgen. Die Verwendung künstlicher Intelligenz wirft immerhin unzählige Fragen auf, so zum Beispiel welche Daten zur Programmierung solcher Intelligenzen genutzt werden dürfen, wer die Rechte an durch künstliche Intelligenzen erschaffenen Produkten erhält und viele mehr.

³⁸ Klimabeschluss, Rn. 205; *Calliess*, in: Dürig/ Herzog/ Scholz (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar (103. EL Januar 2024), Art. 20a, Rn. 49 (abrufbar unter: <https://beck-online.beck.de/Bcid/Y-400-W-MaunzDuerigKoGG-G-GG-A-20a-S-33>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024)

³⁹ Klimabeschluss, Rn. 198.

⁴⁰ Ibid.

⁴¹ Ibid.

⁴² Op. cit, Rn. 199 f., 183, 192.

⁴³ OLG Hamm, Saúl Lliuya gegen die RWE AG (Az. 5 U 15/17).

⁴⁴ Zimmermann/ Griesar, *Die Strafbarkeit von Straßenblockaden durch Klimaaktivisten gem. § 240 StGB*, JuS 2023, 401 – 408.

⁴⁵ Rönna, *Grundwissen – Strafrecht: Klimaaktivismus und ziviler Ungehorsam*, JuS 2023, 112 – 115.

⁴⁶ Siehe dazu ausführlich: BRF, BuFaTa 2024, Workshop 1.

⁴⁷ siehe v.a. den EU AI Act (<https://www.europarl.europa.eu/topics/en/article/20230601STO93804/eu-ai-act-first-regulation-on-artificial-intelligence>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

⁴⁸ EU Parlament, Artificial Intelligence Act (abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2024-0138_EN.pdf, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

III. Recht der Digitalisierung

Auch das Recht der Digitalisierung ist ein sich neu entwickelndes Rechtsgebiet,⁴⁹ welches die juristische Ausbildung vielleicht vor noch größere Herausforderungen stellt als die Entwicklung des Klimaschutzrechts. Grund dafür ist, dass die fortschreitende Digitalisierung die Rechtswissenschaft in Lehre und Praxis maßgeblich in der Arbeitsweise und im materiellen Recht verändert und beeinflusst.⁵⁰ Daneben erfordert die voranschreitende Digitalisierung auch eine zunehmende Regelungsdichte, da jegliche Lebensbereiche durch die Digitalisierung durchdrungen werden; das Home -Office stellt das Arbeitsrecht vor neue Fragestellungen, das Urheberrecht und Datenschutzrecht sowie jegliche Formvorschriften im Verwaltungs- und Zivilrecht werden außerdem beeinflusst. Es entstehen außerdem täglich immer größer werdende Datenmengen, die verarbeitet und niedrigschwellig an eine riesige Masse an Menschen versendet werden können und somit auch zunehmend beeinflusst werden können. Fortwährend werden durch neue digitale Produkte Dienstleistungen und soziale Interaktionen in den digitalen Raum verlegt. Auch dieser Raum muss reguliert und stetig an neue Fragestellungen angepasst werden. Die nun in den Arbeitsmarkt eintretende und kommende Generation von Jurist:innen ist die erste, die in dieser digitalen Welt aufgewachsen ist und geradezu prädestiniert diese Fragestellungen zu bearbeiten.⁵¹

Die Bedeutung der Digitalisierung für die juristische Ausbildung hat der BRF erkannt und fordert nun in § 23 Abs. 1 S. 1 des Grundsatzprogramms und fordert die Schaffung von Angeboten zum Recht der Digitalisierung.

IV. Zwischenergebnis

Die obigen Ausführungen haben gezeigt, dass es durchaus Entwicklungen innerhalb der Rechtswissenschaft gibt, die ein juristisches Neudenken erfordern. Wie und Ob dies Teil der juristischen Ausbildung sein soll, wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

⁴⁹ <https://digitalisierungsrecht.eu/thema/datenrecht-data-act/>

⁵⁰ *Broemel*, Didaktische Formate im rechtswissenschaftlichen Studium, in: Krüper (Hrsg.), Rechtswissenschaft lehren (2022), § 24, Rn. 9.

⁵¹ <https://digitalisierungsrecht.eu/thema/datenrecht-data-act/>

C. Integration in das Studium

Sowohl das “Wie” als auch das “Ob” der Integration neuer Rechtsgebiete müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Welchen Mehrwert hat eine Integration neuer Rechtsgebiete in das Studium? Steht der Arbeitsaufwand, den eine solche erfordert in einem Verhältnis zu diesem Mehrwert und werden solche Bemühungen überhaupt von der Studierendenschaft angenommen?

Bei dem “Wie” der Integration bieten sich verschiedene Möglichkeiten an, wie neue Rechtsgebiete in die juristische Ausbildung integriert werden können. Sie alle können auf unterschiedliche Art dazu beitragen neue Rechtsgebiete für Studierende zu erschließen. Sie unterscheiden sich vor allem durch den Organisations- und Geldaufwand – welcher zu ihrer Implementierung notwendig ist –, die Zugänglichkeit für Studierende, den (zusätzlichen) Arbeitsaufwand und letztlich ob und wie sie sich anrechnen lassen.

Im Folgenden bieten wir eine mögliche Definition von gelungener Integration (Abschnitt I.). Um Methoden und Formate der Integration diskutieren zu können (Abschnitt III.), stellen wir anhand des Klimaschutzrechts dar, welche Formate es gibt (Abschnitt II.).

I. Was ist gelungene Integration?

Als gelungen kann eine Integration neuer Rechtsgebiete wohl dann bezeichnet werden, wenn sie möglichst niedrigschwellig und in einem angemessenen Umfang vielen Studierenden die Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Rechtsgebiet ermöglicht. Diese Auseinandersetzung sollte zudem je nach Arbeitsaufwand entweder in das Studium eingegliedert oder adäquat honoriert werden.

II. Integration von Klimaschutzrecht an deutschen Universitäten (Status Quo)

Folgend werden die unterschiedlichen Methoden der Integration in das Studium exemplarisch dargestellt. Insbesondere fällt auf, dass das Klimaschutzrecht – sofern dies nicht als eigenständige Vorlesung angeboten wird – häufig in die Vorlesung Umweltrecht integriert wird.

Auszug aus dem Status Quo des Sommersemesters 2024:⁵²

Vorlesung (meist im Rahmen der Schwerpunkte)	<ul style="list-style-type: none">• Klimaschutzrecht – national, europäisch, international (Universität Bremen)• Umwelt- und Klimaschutzrecht (Universität Bochum)• Energie- und Klimaschutzrecht (Universität Greifswald)
Schwerpunkte	<ul style="list-style-type: none">• Öffentliches Recht der Nachhaltigkeit (Universität Bonn)• Umweltrecht und öffentliches Wirtschaftsrecht (Universität Bremen)
Seminare	<ul style="list-style-type: none">• Climate Change Litigation – Perspectives from the Global South (Universität Göttingen)• Klimawandel und Konflikt (Universität Augsburg)
Workshop	<ul style="list-style-type: none">• Kann der Staat Klimaschutz? - Die Energiewende im Licht des EU – Beihilfenrechts und der Energieregulierung (Bucerius Law School)
Kolloquium	<ul style="list-style-type: none">• International Environmental Law (Universität Düsseldorf)

III. Methoden der Integration

Wie der Status Quo der klimaschutzrechtlichen Angebote an den deutschen Universitäten zeigt, kann die Integration von neuen Rechtsgebieten unterschiedlich ausfallen. Im Folgenden sollen die wesentlichen Integrationsmöglichkeiten kurz dargestellt und abgewogen werden.

1. Einbindung in den Pflichtfachstoff

Eine Ergänzung des, ohnehin schon (zu) umfangreichen Pflichtstoffkataloges wäre die direkteste Möglichkeit, neue Rechtsgebiete in das Studium zu integrieren. Diese Art der Integration würde alle Studierenden dazu verpflichten, sich mit den jeweiligen Entwicklungen

⁵² BRF, Status Quo Klimaschutzrecht Sommersemester 2024; abrufbar unter: <https://bundesfachschaft.sharepoint.com/:w:/t/klima/Eel1STf-96hGrEUY5fzwe94B7AzgbuIX48djmpQWRpokCw?e=aewDjo>.

der Rechtswissenschaft auseinandersetzen und die Hochschulen ein entsprechendes Angebot zu schaffen. Dies würde allerdings über das Ziel hinausschießen und den Zweck des Pflichtfachstoffes verkennen. Der Pflichtfachstoff soll die Grundzüge der zentralen Rechtsgebiete behandeln, dadurch die Methodik zur Erschließung neuer Rechtsgebiete ermöglichen und hierbei das juristische Handwerkszeug vermitteln (vgl. § 2 Abs. 2 JAG NRW, § 1 Abs. 2 JAG SH; § 1 Abs. 2 JAG Hamburg).

Die Integration jeglicher neuer Rechtsgebiete würde diesen Zweck eindeutig überschreiten und den Pflichtfachstoff weiter aufblähen. Ein immer wechselnder Pflichtfachstoff, welcher jegliche neue rechtswissenschaftliche Entwicklung abbildet, würde auch eine deutliche Erhöhung des Arbeitsaufwandes für Studierende bedeuten. Auch der Aufwand für Prüfungsämter und Hochschulen wäre immens. Ziel einer Integration zukunftsweisender Rechtsgebiete ist es nicht das Studium zu erschweren und Studierende zu einer Auseinandersetzung hiermit zu zwingen, sondern ein Angebot zu schaffen welches adäquat auf die Arbeitswelt vorbereitet und die Verfolgung der eigenen Interessen ermöglicht. Auch würde dies der langjährigen Forderung des BRF, den Pflichtfachstoff übersichtlicher zu machen zuwiderlaufen (vgl. § 30 Grundsatzprogramm). Eine Integration neuer Rechtsgebiete durch eine Erweiterung des Pflichtfachstoffes erscheint daher nicht wünschenswert.

3. Schwerpunkte

Eine weitere Möglichkeit für die Integration ins Studium wäre die Integration im Rahmen der Schwerpunktbereiche. Das Klimaschutzrecht wird aktuell über diesen Weg am stärksten in die juristische Ausbildung mit einbezogen.⁵³ Die Integration kann entweder durch die Schaffung neuer Schwerpunkte, welche ihren Fokus auf das jeweilige neue Rechtsgebiete legen (wie es an der Universität Bremen der Fall ist) oder durch die Erweiterung bereits bestehender Schwerpunkte – welche thematischen Schnittstellen aufweisen – erfolgen.

Vorteilhaft ist hierbei, dass eine intensive Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Rechtsgebiet ermöglicht wird und diese auch durch eine Prüfung gefestigt, abgefragt und honoriert wird. Auch kann bei der Integration in bereits vorhandene Schwerpunkte auf die bestehenden Strukturen zurückgegriffen werden. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Wahl des

⁵³ Siehe dazu den Status Quo zu klimaschutzrechtlichen Veranstaltungen im Sommersemester 2024 (abrufbar unter: <https://bundesfachschaft.sharepoint.com/:w:/t/Klima/Eel1STf-96hGrEUY5fzwe94B7AzgbulX48djmpQWRpokCw?e=aewDjo>).

jeweiligen Schwerpunktbereiches, weshalb nur einer gewissen Anzahl an Studierenden die Auseinandersetzung ermöglicht werden würde.

4. Seminare

Seminare sind meist Bestandteil der Schwerpunkte und werden von der Professor:innen vergeben. Die Vergabe orientiert sich in der Regel an aktuellen Entwicklungen. Seminare fördern eine sehr intensive Auseinandersetzung mit einem Rechtsgebiet und ermöglichen hierbei eine gute Eingliederung in das Studium, da sie ohnehin absolviert werden müssen. Dies geht auch mit einer entsprechenden Honorierung einher. Besonders in Form des Grundlagen-/ Proseminares, im Unterschied zu geschlossenen Schwerpunkt-Veranstaltungen, handelt es sich hierbei auch um ein niedrighschwelliges Angebot, was zunächst allen Studierenden offensteht. Die Angebote der Seminare folgen jedoch den Interessen der Professor:innen, sodass ein wiederholtes Angebot daher unwahrscheinlich ist. So sind v.a. die Seminare zum Thema Klimaschutzrecht bereits vor zwei oder drei Semestern angeboten worden. Auch ist die Teilnehmer:innenzahl stark begrenzt. Beim Schwerpunktseminar kommen zudem die gleichen Kritikpunkte, welche bereits beim Schwerpunkt genannt wurden hinzu.

5. Losgelöste Einzelveranstaltungen

Hierbei ist an Ringvorlesungen, Podiumsdiskussionen oder ähnliche Formate zu denken, welche aus Initiativen der Studierendenschaft oder Professor:innenschaft heraus entstehen. Für dieses Format spricht die Unverbindlichkeit solcher Angebote, sowie auch die Möglichkeit die Einzelveranstaltungen breit bewerben zu können und hierdurch auch zuvor uninteressierte Studierende zu erreichen und zu informieren. Dadurch kann das Interesse an neueren Rechtsgebieten geweckt und eine erste oberflächliche Grundlage zur Auseinandersetzung mit diesen geschaffen werden. Der Rahmen solcher Veranstaltungen lässt eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem Rechtsgebiet nur schwer zu. Auch liegt es in der Natur dieser Veranstaltungen, dass sie teilweise einmalig sind und daher nicht als fester Bestandteil der Ausbildung dienen.

6. Grundlagenfächer

Die Integration als Grundlagenfach bietet einer breiten Menge an Studierenden die Möglichkeit sich studienbegleitend mit einem Rechtsgebiet zu beschäftigen. Auch kann der Aufwand in Form eines Grundlagenscheins honoriert werden.

Grundlagenfächer werden jedoch meistens zu Beginn des Studiums angeboten, sodass ein Rückgriff auf juristisches Vorwissen – das beim Klimaschutzrecht sinnvoll wäre – nicht möglich ist. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Art der Integration logisch sinnvoll ist. Immerhin handelt es sich bei zu integrierenden Rechtsgebieten meist um solche, die sich in der Entwicklung befinden und nicht Themengebiete, die als Grundlage für die Juristerei als solche dienen.

7. Moot Courts

Über eine Integration in der Lehre hinaus stellen auch Moot Courts eine attraktive Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit neuen Rechtsgebieten dar. Moot Courts sind Gerichtssimulationen, die es Studierenden ermöglichen in die Anwaltsrolle zu schlüpfen, im Team fachspezifische Sachverhalte zu lösen und die Ergebnisse mündlich zu verteidigen. Bestehende Moot Courts im Umwelt- und Klimaschutzrecht sind der „Stetson International Environmental Moot Court“,⁵⁴ der „Comparative Moot Court Environmental Law“⁵⁵ und der „The Environmental Justice Moot Court“⁵⁶.

Die Ausrichtung von Moot Courts geht jedoch mit einem erheblichen Organisationsaufwand einher, der sowohl die Fakultäten als Ausrichter als auch die Studierenden als Teilnehmer trifft. Außerdem orientieren sich Moot Courts meist an etablierten Rechtsgebieten und nehmen eher aktuelle Trends in der Rechtswissenschaft auf. Ein Moot Court für ein neues Rechtsgebiet scheint somit eher unwahrscheinlich. Die Vorteile für die Studierenden ist jedoch enorm: nicht nur setzen diese sich über einen längeren Zeitraum intensivst mit einem Sachverhalt eines häufig rechtsgebietsübergreifenden Themas auseinander, sie trainieren auch ihre sprachlichen Fähigkeiten und das wissenschaftliche Arbeiten.

⁵⁴ Stetson International Environmental Moot Court, (abrufbar unter: <https://www.stetson.edu/law/international/iemcc/>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024)

⁵⁵ Comparative Moot Court Environmental Law, (abrufbar unter: <https://rsf.uni-greifswald.de/fakultaet/dekannat/aktuelles/nachrichten/details/n/comparative-moot-court-environmental-law-2023-167741/>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024)

⁵⁶ The Environmental Justice Moot Court, (abrufbar unter: <https://sites.unica.it/jeanmonnetchair-euclimatereact/teaching/the-environmental-justice-moot-court-ejmc/>, zuletzt aufgerufen: 21.5.2024).

8. Summer Schools

Auch Summer Schools ermöglichen eine sehr intensive Auseinandersetzung mit einem Rechtsgebiet in der vorlesungsfreien Zeit durch das Besuchen unterschiedlicher Vorlesungen. Diese sind oft mit praktischen Ansätzen und Diskussionsrunden verbunden.

Vorteilhaft ist hierbei die Möglichkeit ein Rechtsgebiet breit gefächert oder auch tiefgründiger zu bearbeiten. Sie ermöglichen dadurch die Auseinandersetzung mit komplexeren Fragestellungen, die beispielsweise in Einzelveranstaltungen nicht behandelt werden können. Eine Honorierung ist darüber hinaus in Form von Zertifikaten möglich. Allerdings ist auch hier der Organisationsaufwand für Veranstalter und Teilnehmer, durch Anreise et cetera beachtlich. Außerdem bietet das Studium kaum Möglichkeiten in der vorlesungsfreien Zeit – zwischen Praktika, Hausarbeiten – ohne eine Verzögerung des Studienablaufes solche Angebote wahrzunehmen.

9. Kolloquien

Eine letzte Möglichkeit zur Integration neuer Rechtsgebiete sind Kolloquien, die einen Austausch zu vorgegebenen Themen zwischen Studierenden und Professor:innen ermöglichen. Die Ausrichtung dieser Formate hängt jedoch stark vom Engagement der Professor:innen ab und setzt darüber hinaus auch Fachkenntnisse auf Studierendenseite voraus. Abgesehen davon bietet ein Kolloquium jedoch eine gute Möglichkeit für Interessenten sich fachlich mit Expert:innen zu einem bestimmten Thema auszutauschen.

D. Ziele des Workshops

Ziel des Workshops ist die Erarbeitung und Evaluation von Methoden zur Integration von neuen Rechtsgebieten. Dafür soll:

- eine Einführung in das Klimaschutzrecht sowie dessen fortlaufende Integration als Beispiel für ein solches neues Rechtsgebiet vermittelt werden,
- die bestehenden Angebote zur Auseinandersetzung mit neuen Rechtsgebieten (insb. Klimaschutzrecht) durch Erfahrungsaustausch kritisch evaluiert werden,
- die Frage beantwortet werden welche Möglichkeiten für Studenten und Hochschulen effektiv, funktionell und attraktiv für die Integration sind und
- ausformuliert werden, was die besten Wege sind, um neue Rechtsgebiete in das Studium zu integrieren, um Studierenden eine bestmögliche Vorbereitung auf die Arbeitswelt an die Hand zu geben, ohne das Ohnehin bereits fordernde Studium zu erschweren

E. Vorbereitung

Zur Vorbereitung auf den Workshop bitten wir euch, euch im Vorfeld über folgende Fragen Gedanken zu machen:

1. Sollten neue Rechtsgebiete grundsätzlich Eingang in das Studium finden?
2. Wie integriert eure Universität neue Rechtsgebiete?
3. Welche Angebote habt ihr bereits selbst wahrgenommen? Welche Angebote wecken am Ehesten euer Interesse?
4. Wie zufrieden seid ihr mit den Angeboten an eurer Universität bezüglich neuer Rechtsgebiete?
5. Welche derartigen Angebote würdet ihr euch an eurer Universität wünschen?

Wir freuen uns auf einen schönen Workshop mit Euch!

Impressum

Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.
c/o FSR Rechtswissenschaften der Universität Hamburg
Rothenbaumchaussee 33
20148 Hamburg
www.bundesfachschaft.de
info@bundesfachschaft.de

Text

Tobias Linck
Yannic Radlmayr

Mit Unterstützung von: Kaan Sandikcioglu, Hermann Stolzenburg
Unter Leitung von: Tiago Sartingen, Vorstand für Inhaltliche Koordination 2023/24